



Ausgabe: Dezember 2019

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	2
2.1 Bundesgericht	2
2.2 Kantonale Entscheide	3
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	3
3. Neue Volksinitiativen	4
4. Publikationen	4
5. Dokumentation und Kontakt	6



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»



12.12.2019

Alles so schön stabil hier – Die Grünen scheitern mit ihrem Angriff auf den Sitz von Ignazio Cassis. Die Bürgerlichen wahren die von ihnen gepriesene Stabilität. Doch was bedeutet das Wort überhaupt? Nachfragen in Bern. ([Link](#))

NZZ

18.12.2019, S. 14

Was Sie zur Debatte über die Konzernverantwortungsinitiative wissen müssen – Der Ständerat entscheidet an diesem Mittwoch über das Schicksal der Volksinitiative zur Konzernverantwortung. Hier finden Sie Antworten auf die wichtigsten Fragen zur Vorlage. ([Link](#))



19.12.2019

Günstige Umstände, ergriffene Chancen – Nirgends sind die Hürden für die Partizipation der Frauen so niedrig wie im Norden Europas. Auch dort zeigt die Geschichte: Entscheidend für die Gleichstellung ist der politische Wille. ([Link](#))

NZZ

27.12.2019, S. 3

Der Oberste Richter betritt die Impeachment-Bühne – Der vorsitzende Richter des Supreme Court, John Roberts, waltet über den bevorstehenden Prozess gegen Donald Trump im Senat. In einem von Parteipolitik vergifteten Washington muss er versuchen, das öffentliche Ansehen und die Unabhängigkeit der Judikative zu verteidigen. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 1. November 2019 (1C 302/2019)

Die Beschwerdeführenden wehren sich gegen einen Entscheid des Verwaltungsgerichts Aargau. Sie rügen eine Verletzung ihrer politischen Rechte, weil im Zusammenhang mit der Publikation des Protokolls einer Sitzung des Einwohnerrats Aarau vom 15. November 2019 keine neue Referendumsfrist gewährt worden sei. Dies wäre ihrer Meinung nach nötig gewesen, um ein wirksames Referendum gegen einen Revisionsbeschluss bzgl. Nutzungsplanung zu lancieren. Die amtliche Publikation vom 31. August liefere hierfür nicht die nötigen Informationen. Das Bundesgericht verneint dies und weist die Beschwerde in diesem Punkt ab. Es heisst sie allerdings im Kostenpunkt gut, da das Protokoll der Sitzung und die amtliche Publikation tatsächlich gewisse Diskrepanzen aufweise und die Beschwerde folglich, entgegen der Meinung der Vorinstanz, nicht als mutwillig betrachtet werden könne. Das Bundesgericht spricht in diesem Punkt sogar von Willkür der Vorinstanz.



2.2 Kantonale Entscheide



Urteil des Appellationsgerichts Basel-Stadt vom 16. Oktober 2019 ([VG.2019.1](#))
Der Beschwerdeführer rügt in seiner Beschwerde, welche sich gegen einen Nicht-eintretensentscheid des Regierungsrates richtet, dass dieser zu Unrecht nicht auf seine Abstimmungsbeschwerde eingetreten sei. In dieser hatte er aufgrund behaupteter Unregelmässigkeiten im Vorfeld der Volksabstimmung bezüglich "Neubau Naturhistorisches Museum Basel und Staatsarchiv Basel-Stadt" eine Verletzung von Art. 34 BV gerügt und eine Wiederholung des Urngangs verlangt. Das Gericht schützt den Entscheid des Regierungsrates mit der Begründung, dass nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichts allfällige Unregelmässigkeiten vor der Abstimmung nach Kenntnisnahme unverzüglich mittels Abstimmungsbeschwerde gerügt werden müssen. Die Frist beginne in solchen Fällen nicht erst mit der Publikation des Abstimmungsergebnisses zu laufen. Ausserdem hält es fest, dass der Regierungsrat die Beschwerde auch materiell hätte abweisen müssen, da die Unregelmässigkeiten ohnehin keinen entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis der Abstimmung gehabt hätten.



Urteil des Appellationsgerichts Basel-Stadt vom 18. Oktober 2019 ([VG.2019.2](#))
Der Beschwerdeführer verlangt eine Ungültigerklärung der Volksabstimmung über die kantonale „Krankenkasse-Initiative“, welche vom Stimmvolk knapp abgelehnt wurde. Er macht Unregelmässigkeiten geltend. Eventualiter verlangt er eine Neuauszählung und in diesem Zusammenhang die inhaltliche Mitzählung der ungültigen Stimmen. Das Bundesgericht weist die Beschwerde vollumfänglich ab.



Urteil des Kantonsgerichts Fribourg vom 27. November 2019 ([601 2019 204](#))
Die Beschwerdeführenden machen geltend, dass ihnen die Wahlunterlagen des 2. Wahlgangs der Ständeratswahlen erst drei Tage vor dem Urngang zugestellt worden seien. Sie rügen eine Verletzung des einschlägigen kantonalen Rechts, welches fünf Tage vorschreibt. Das Bundesgericht sieht dies nicht als erwiesen an, verneint aber auch die Eignung dieses Fehlers, das Ergebnis der Wahl wesentlich zu beeinflussen und weist die Beschwerde folglich ab, soweit sie nicht als gegenstandslos abzuschreiben ist.

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([16](#)) (0)
- In Auszählung ([0](#)) (-1)
- Beim Bundesrat hängig ([8](#)) (+1)
- Beim Parlament hängig ([8](#)) (-1)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([2](#)) (+1)



Verfügung der Bundeskanzlei vom 17. Dezember 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)“ ist mit 113 125 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Initiative verlangt Netto-Null Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2050 sowie ein weitgehendes Verbot von fossilen Brenn- und Treibstoffen ab 2050.² ([BBI 2019 8550](#))



Beschluss des Parlaments vom 20. Dezember 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Das Parlament empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2019 5079](#); angenommen mit Beschluss vom 20.12.2019)

4. Publikationen



BRAUN BINDER NADJA/FELD LARS P./HUBER PETER M./POIER KLAUS/WITTECK FABIAN (Hrsg.), Jahrbuch für direkte Demokratie 2018, Baden-Baden 2019 ([Verlag](#))



ECKERTZ-HÖFER MARION/SCHULER-HARMS MARGARETE (Hrsg.), Gleichberechtigung und Demokratie, Gleichberechtigung in der Demokratie: (Rechts-)Wissenschaftliche Annäherungen, Schriften zur Gleichstellung, Bd. 49, Baden-Baden 2019 ([Verlag](#))



GLASER ANDREAS/EHRAT MARCO, E-Government-Gesetzgebung durch die Kantone – Integration in die Verfahrenskodifikation oder Auslagerung in Spezialklasse?, in: LeGes 30 (2019) 3 ([LeGes](#))



GLASER ANDREAS/ZUBLER CLIO, Verwaltungsgericht des Kantons Bern, Urteil 100.2018.388/100.2018.390/100.2018.400/100.2018.435/100.2018.446 vom

¹ Stand 31.12.2019.

² Art. 74a Abs. 2 f. nBV.



23. August 2019, Gemeinde Moutier und A. et al. gegen Regierungstatthalteramt des Berner Juras und O. et al., in: AJP 2019, S.1355 ff. ([Swisslex](#))



KNIGHT JACK/SCHWARTZBERG MELISSA (Hrsg.), Political Legitimacy, NOMOS – American Society for Political and Legal Philosophy, Bd. 61, Baden-Baden 2019 ([Verlag](#))



REHMET FRANK/WAGNER NEELKE/WEBER TIM WILLY, Volksabstimmungen in Europa, Regelungen und Praxis im internationalen Vergleich, Leverkusen 2019 ([Flyer](#))



RITTER FRANZISKA/SCHEFER MARKUS/PLATTNER ROLAND (Hrsg.), QUO VADIS I Werden – Stand – Zukunft, Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, Recht + Politik im Kanton Basel Landschaft, Bd. 34, Liestal 2019 ([Verlag](#))



ROCHEL JOHAN/EVÉQUOZ FLORIAN, Le Pacte de Représentation: choisir et réaliser une meilleure représentation, in: LeGes 30 (2019) 3 ([LeGes](#))



STERN MAXIMILIAN, Demokratie-Innovationen : Plädoyer für eine differenzierte Auseinandersetzung mit der digitalen Demokratie, in: LeGes 30 (2019) 3 ([LeGes](#))



UEBERSAX PETER, Wie humanitär ist die humanitäre Tradition im Asylrecht der Schweiz?, in: Jusletter vom 16. Dezember 2019 ([Jusletter](#))



VOIGT RÜDIGER (Hrsg.), Repräsentation, Eine Schlüsselkategorie der Demokratie, Staatsverständnisse, Bd. 129, Baden-Baden 2019 ([Verlag](#))



WIRTH SANDRA, Nachdenken über Demokratie, Das akademische Werk Peter Graf Kielmanseggs im Spiegel von Biographie und Zeitgeschichte, Extremismus und Demokratie, Bd. 38, Baden-Baden 2019 ([Verlag](#))



LeGes WYSS KARL-MARC, Die vorläufige bundesrechtliche Umsetzung eidgenössischer Volksinitiativen auf dem Verordnungsweg: Phänomen, Grundsätze und Gefahren, in: LeGes 30 (2019) 3 ([LeGes](#))

5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani
Prof. Dr. Dr.h.c. Andreas Kley
Michael Helbling, MLaw